religionen:info
newsletter religionen in deutschland juli:07

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

die zweite Ausgabe des Newsletters »religionen:info« beschäftigt sich im Schwerpunkt mit zwei Kontroversen im Bereich der beiden großen Kirchen: Der im Juli erfolgten Veröffentlichung eines Dokuments der vatikanischen Glaubenskongregation zum Selbstverständnis als universale Kirche Christi sowie der neuen EKD-Handreichung für gute Nachbarschaft zwischen Christen und Muslimen. Sie werden – ausführlicher als ursprünglich angedacht – beschrieben und kommentiert. Damit sollen weniger »die« christlichen Kirchen kritisch betrachtet werden, vielmehr geht es darum aufzuzeigen, dass in der pluraler werdenden Situation Akteure ihre je eigenen – berechtigten – Interessen verfolgen. Sie müssen wahrgenommen und diskutiert werden. Ob sich die neueren Entwicklungen unter das hier vorgebrachte Raster fassen lassen, soll nicht festgestellt, sondern als Anregung verstanden werden.

Am Ende des Newsletters finden Sie wieder neue Veranstaltungshinweise. Für die Monate August und September ergänzen sie die bereits im letzten »religionen:info« aufgeführten Termine.

Steffen Rink (Redaktion)

Feiertage im August

Im kommenden Monat August gibt es für Buddhismus, Islam, Alevitentum und Christentum bedeutende Feiertage. Eine Ausführliche Übersicht aller Feier- und Festtage gibt die Religionswissenschaftlerin Kerstin Probiesch auf ihrer Seite feste-der-religionen.de

Im Internet:
Religiöse Feste, Feiertage und Gedenktage

Bon / Ullambana (August und September)

Das buddhistische Ullambana-Fest wird in den asiatischen Ländern in jeweils abgewandelter Bedeutung in den Monaten Juli bis September gefeiert, wobei es immer um das Gedenken an die Toten geht. Für den vietnamesischen Buddhismus ist Ullambana das bedeutendste Fest nach Vesakh. Nach der Legende nach sah Maudgalyayana, ein Schüler des Buddha, seine Mutter in Höllenwelten leiden, unter anderem war sie umgekehrt aufgehängt (daher der Name Ullambana = »Herabhängen«). Zur Rettung gab Buddha den Rat, sich durch Opfergaben an die Mönchsgemeinde in Großzügigkeit zu üben, so dass die Leiden der Mutter beendet wurden. Die Praxis der Gaben an die Orden, mit denen das Leiden der Verstorbenen in den Zwischenwelten nach dem Tod gelindert werden soll ist bis heute beibehalten – sowohl durch materielle als auch symbolische Spenden (z. B. Papiergeld). Darüber hinaus wurde Ullambana auch zu einem Familienfest. Auch in China ist Ullambana sehr populär. Hier wie in Japan hat sich die buddhistische Legende mit traditionellen Ahnenvorstellungen aus Daoismus und Shintoismus verknüpft. In China wird Ullambana häufig als »Geisterfest« bezeichnet, da hier die sog. Hungergeister (Preta) der Ahnen im Mittelpunkt stehen, die in einer Zwischenwelt leben und Hilfe von

Mehr dazu:
Ullambana-Sutra (Lehrrede) des Buddha (PDF)
Höllen- und Hungergeister in der japanischen Mythologie
Seite der Universität Wien; mit Erläuterung zum Bon-Fest

den Nachfahren benötigen. Hierfür kommen sie einmal im Jahr zu den Lebenden. Diese Rückkehr der Ahnengeister steht auch in Japan im Mittelpunkt des Festes, wo es den Namen Bon hat. An den Gräbern werden die Ahnen mit Nahrungsmitteln verpflegt.

Das EKO-Haus der japanischen Kultur in Düsseldorf führt am 18. August eine Bon-Zeremonie durch, in chinesisch-buddhistischen Tempeln werden in der Zeit von Mitte bis Ende August Feierlichkeiten begangen. Im vietnamesischen Buddhismus wird das Fest Anfang September gefeiert, so in der Pagode Vien Giac in Hannover am zweiten Septemberwochenende. Die Festdaten richten sich nach verschiedenen Kalendarien in den asiatischen Ländern und werden in Deutschland meist auf das umliegende Wochenende gelegt.

Lailat al-Miradsch (11. August)

Die Himmelsreise des Propheten Mohammed wurde im letzten »religionen:info« durch eine Verwechslung bereits für den 19. Juli beschrieben. Im Juli wurde jedoch die »Nacht des Radschab« begangen, mit dem die drei heiligen Monate Radschab, Schaban und Ramadan eingeleitet werden. In der Nacht des Radschab werden zusätzliche Gebete verrichtet, in denen um Vergebung gebeten und der Segen Allahs erbeten wird. Nach der Überlieferung gibt es fünf Nächte, in denen die Bittgebete der Gläubigen nicht abgelehnt werden; eine davon ist die in diesem Jahr am Vorabend des 19. Juli beginnende Nacht des Radschab.

Maria Himmelfahrt (15. August)

Dass Maria, die »Mutter Gottes«, bereits vor der Auferstehung der Toten im endzeitlichen Geschehen in den Himmel aufgenommen wurde, ist zwar nicht in der Bibel, doch im Volksglauben schon sehr früh belegt; als kirchlicher Festtag spätestens ab dem 6. Jahrhundert. Zum Dogma wurde die leibliche und seelische Aufnahme Marias in den Himmel von Papst Pius XII im Jahr 1950 erklärt. Das Fest schließt an die Marienfrömmigkeit in der katholischen und orthodoxen Kirche an – so ist am 6. August auch der Gedenktag der Geburt Marias. In der Orthodoxie wird in der Regel der Begriff der »Entschlafung Marias« verwendet, zumal keine dogmatischen Festlegungen getroffen wurde. Aber auch in der römisch-katholischen Kirche ist die Himmelfahrt Marias nicht mit der heilsgeschichtlichen Bedeutung der Himmelfahrt Jesu gleichzusetzen. Die Aufnahme Marias ist eine »Vorausnahme des künftigen Loses aller Gerechten«, da sie seit ihrer unbefleckten Empfängnis frei von Sünde war.

Mit Maria Himmelfahrt verbunden ist die sog. Kräuterweihe – ein alter Brauch zu diesem katholischen Hochfest, der in den letzten Jahren eine Wiederbelebung erfuhr. Die wahrscheinlich vorchristlichen Ursprünge der Kräuterweihe und die Verknüpfung mit Maria sind unklar; in der Kräuterweihe wird Gott für die heilenden Kräuter gedankt, wobei je nach Tradition bis zu 99 verschiedenen Heilpflanzen eine Rolle spielen. Die vom Priester geweihten Kräutersträuße werden im Haus zum Trocknen aufgehängt und sollen Heil- und Segenskraft verbreiten.

Nach dem in den meisten orthodoxen Kirchen verwendeten gregorianischem Kalender findet das Fest am 28. August statt, die westlichen Kirche begehen das Hochfest am 15. August.

Gedenktag an Haci Bektasch Veli (16. August)

Haci Bektasch Veli (ca. 1210 bis ca. 1270) ist einer der wichtigsten Figuren im anatolischen Alevitentum, das ursprünglich eine Richtung innerhalb der Schia war. Im 16. Jahrhundert kam es in der Türkei zur Verbindung dieser islamischen Richtung mit den mystischen Bektaschi-Orden, die sich auf Haci Bektasch Veli zurückführen. Bektasch Veli hat das Alevitentum maßgeblich beeinflusst. Von ihm oft zitiert sind Sätze wie »Betet nicht mit den Knien, sondern mit dem Herzen«, »Das wichtigste Buch, das zu lesen ist, ist der Mensch« oder »Was du suchst, suche in dir selbst«. Sie geben durchaus die Grundphilosophie des Alevitentums wieder, in dem die Beachtung von fixierten Geboten und Regeln eine untergeordnete Rolle spielen.

Alevitentum:
Kurzinfo der EZW (Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen)

Wir sind Papst – aber wer ist Kirche?

»Lassen Sie sich nicht entmutigen«. Mit diesen Worten überschrieb der römisch-katholische Bischof von Magdeburg, Dr. Gerhard Feige, einen am 22. Juli publizierten offenen Brief an die »lieben evangelischen Schwestern und Brüder«. Zwar bleibe auch ihm verborgen, warum die vatikanische Glaubenskongregation mit Unterschrift des Papstes Benedikt XVI. »Salz in offene Wunden« der Ökumene streue und am 29. Juni das Dokument »Antworten auf Fragen zu einigen Aspekten bezüglich der Lehre über die Kirche« verabschiedet habe, doch müsse man sich bewusst machen, dass die Grundsätze des II. Vatikanischen Konzils nicht verändert worden seien.

Trotzdem haben besagte »Antworten« bei den evangelischen Glaubensgeschwistern breite Empörung hervorgerufen. Als »Brüskierung der Ökumene« bezeichnete der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Bischof von Berlin-Brandenburg Wolfgang Huber, das Dokument aus dem Vatikan. Ohne Not, aber »mit Vorsatz«, würden »anstößige Aussagen« wiederholt, so Huber in einer Presseerklärung vom 10. Juli.

»Nichts hat sich an der überlieferten Lehre verändert. Was Christus gewollt hat, das wollen auch wir. Was war, das ist geblieben. Was die Kirche durch die Jahrhunderte gelehrt hat, das lehren auch wir.«
(Papst Johannes XXIII., II. Vatikanisches Konzil)
Foto: Kuppel im Petersdom in Rom. www.pixelio.de

Die Glaubenskongregation leitet das Dokument mit der Aussage sein, dass einige »irrige Interpretationen« über die Lehre der Kirche »Verwirrung und Zweifel« hervorgerufen hätten. Dies sei dem theologischen Nachdenken in neuerer Zeit angesichts der »Neuheit der Themen« entsprungen. Demgegenüber hält die Glaubenskongregation fest: Die römisch-katholische Kirche ist die sichtbare Gestalt der einen Kirche Christi, von Jesus eingesetzt, in Kontinuität seit Petrus und seinen Nachfolgern auf dem Bischofssitz in Rom geleitet. Die für das Heil notwendigen Sakramente können auch nur von ihr wirksam gespendet werden. Kirche nach römisch-katholischem Verständnis konstituiert sich demnach nicht allein als »Gemeinschaft von Gläubigen«, sondern als auf die Apostel zurück gehende, von Christus eingesetzte und mit Vollmachten ausgestattete weltliche Institution der Heilsverwaltung. Dies formuliert die Glaubenskongregation in ihren fünf Antworten nicht in dieser Weise, aber das ist der Hintergrund, wenn dann den orthodoxen Kirchen die Eigenschaft »Kirche« noch zugesprochen wird, da sie im Grunde erst durch die Trennung in (orthodoxe) Ost- und (römisch-katholische) Westkirche getrennt seien, aber »wahre Sakramente« besäßen. Das Schisma des 11. Jahrhunderts hindere die eine Kirche Christi denn auch an der wahren katholischen Universalität. Die reformatorischen Kirchen hingegen hätten die für die Kirche Christi konstitutiven Elemente verloren. Sie hätten »die ursprüngliche und vollständige Wirklichkeit des eucharistischen Mysteriums nicht bewahrt« und könnten deswegen – im theologischen, ekklesiologischen Sinn – eben nicht Kirche genannt werden, sondern nur »kirchliche Gemeinschaften«.

Diese Position ist aber in der Tat kein Rückschritt der römisch-katholischen Lehre. Denn auch das neue Dokument betont in der Übernahme des Dokuments »Lumen Gentium« (Christus ist das Licht der Völker) des II. Vatikanischen Konzils von 1963, dass der Geist Christi sich »nicht weigert«, die ›echten‹ Kirchen und reformatorischen Gemeinschaften als Mittel des Heils zu gebrauchen; sie seien »keineswegs ohne Bedeutung und Gewicht im Geheimnis des Heils«.

Allerdings dränge letztlich alles zur kirchlichen Einheit der katholischen Kirche – und hier tut sich die Wunde der Ökumene auf, da die römisch-katholische Kirche aus ihrem zweitausendjährigen Selbstverständnis heraus ihr exklusives Kirchenverständnis nicht aufgibt. Denn auch wenn sich nach der Reformation zahlreichen neue Kirchen gebildet haben, ist die Vorstellung der Einheit der Kirche oder der Einheit der Christen bei allen christlichen Gemeinschaften weiterhin aktuell. Doch ist zu fragen, wo »Ökumene« wirklich entsteht: in den theologischen Bemühungen um das Verständnis von »Kirche« oder vor Ort, im Zusammenwir-

Dokumente und Infos:

Antworten auf Fragen zu einigen Aspekten... (29.06.2007)

Erklärung »Dominus Iesus« 06.08.2000)

Apostolische Konstitution »Lumen Gentium« 21.11.1964

Diskussion:

Bischof Feige, Brief vom 22.07.2007

Stellungnahmen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD)

Positionen auf der Seite der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland (AcK)

Stellungnahmen auf katholisch.de (Deutsche Bischofskonferenz)

ken von unterschiedlichen Gemeinden und Gläubigen der christlichen Konfessionen und Strömungen. Denn so sehr sich zum Beispiel die evangelische Kirche von dem neuen Vatikan-Dokument brüskiert sieht: sie selbst hat wie alle reformatorischen Kirchen und Strömungen ein grundsätzlich anderes Kirchenverständnis. »Ich glaube nicht, dass es wahr ist, was er sagt«, wird der anglikanische Bischof von Sydney zitiert, aber: »Wieso sollte ich überrascht sein, dass der Papst den katholischen Glauben verkündet?« Und auch wenn das Verhältnis von evangelischer zu katholischer Kirche in Deutschland durch die konfessionelle Spaltung des Landes von besonderer Bedeutung ist, darf in globaler Perspektive nicht übersehen werden, dass es zuletzt vor allem die orthodoxen Kirchen waren, die den ökumenischen Prozess belastet haben – und die im Übrigen ein recht ähnliches Verständnis von Kirche haben wie ihre römisch-katholischen Glaubensbrüder. Von größerer Bedeutung für den ökumenischen Alltag sind die Möglichkeiten gemeinsamer Praxis. Zwar schlägt auch hier das exklusivere Verständnis Roms immer wieder durch – etwa beim sakramentalen Verständnis des Abendmahls, wo eine gemeinsame Feier von päpstlicher Seite abgelehnt wird –, doch sind die Freiräume vor Ort wesentlich größer als unter den dann doch apodiktischen Antworten vatikanischer Theologen. Wie viel Ökumene in der Praxis möglich ist und die die Gläubigen beider Kirchen »Einheit« leben, wird zum Beispiel der nächste gemeinsame Kirchentag von Katholiken und Protestanten zeigen.

Augsburger Bekenntnis, Artikel 7: Von der Kirche

Es wird auch gelehrt, dass allezeit eine heilige, christliche Kirche sein und bleiben muss, die die Versammlung aller Gläubigen ist, bei denen das Evangelium rein gepredigt und die heiligen Sakramente laut dem Evangelium gereicht werden. Denn das genügt zur wahren Einheit der christlichen Kirche, dass das Evangelium einträchtig im reinen Verständnis gepredigt und die Sakramente dem göttlichen Wort gemäß gereicht werden. Und es ist nicht zur wahren Einheit der christlichen Kirche nötig, dass überall die gleichen, von den Menschen eingesetzten Zeremonien eingehalten werden, wie Paulus sagt: »Ein Leib und ein Geist, wie ihr berufen seid zu einer Hoffnung eurer Berufung; ein Herr, ein Glaube, eine Taufe« (Eph. 4,4.5).

Das Augsburger Bekenntnis (Confessio Augustana) von 1530 ist eine der grundlegenden Bekenntnisschriften der lutherischen Kirchen.

Ungewisse, unübersichtliche Zeiten verlangen Orientierungen. Diese hat der Vatikan seinen TheologInnen und Gläubigen gegeben. Schon Johannes Paul II. hat das theologische Profil seiner katholischen Kirche zu schärfen versucht, und Benedikt XVI. setzt dies fort. Mit ihren harschen Reaktionen bringt die evangelische Kirche zwar mit Sicherheit ein in der Bevölkerung bestehendes Unverständnis über die Lehren der römisch-katholischen Kirche zum Ausdruck, doch drückt sie zugleich ein gewisses Maß an Verletzung aus, das auch dadurch erklärbar sein könnte, dass den evangelischen Kirchen das Selbstbewusstsein ihrer katholischen »Mutter«, von der man sich seit Luther emanzipiert hat, fehlt. Schließlich wird auch zu überlegen sein, ob die Motivation für die Veröffentlichung des neuen Vatikan-Dokuments zwar auch die interne Maßregelung war, wie hierzulande vermutet wird, aber vielleicht ebenso mit Blick auf Lateinamerika vorgenommen wurde, wo die Kirche Roms in Auseinandersetzung mit evangelikalen und charismatischen Gemeinschaften steht – mit Gruppierungen (»Sekten«), die auch von den evangelischen Brüdern und Schwestern eher kritisch beobachtet werden.

Gute Nachbarschaft und Zumutung – EKD-Handreichung

Die heftige Reaktion des Ratsvorsitzenden der EKD in Sachen Vatikan-Papier im Juli diesen Jahres mag vielleicht innerkirchlich die Erfahrung erneuert haben, wie es ist, wenn Andere über das Eigene reden. Das ist einer der Vorwürfe des Koordinierungsrats der Muslime (KRM) an die neue Handreichung des Rates der EKD, die bereits im November 2006 veröffentlicht wurde: »Klarheit und gute Nachbarschaft. Christen und Muslime in Deutschland« ist das 125-seitige Papier betitelt, das weniger zum Zeitpunkt der Veröffentlichung, dafür aber im Vorfeld des Evangelischen Kirchentages im Mai und Juni diesen Jahres publizistische Aufmerksamkeit erlangte. Die elfköpfige Arbeits-

gruppe, die die Handreichung für die EKD erarbeitet hat, bestand unter Vorsitz des früheren SPD-Bundesministers und Präsidenten der EKD-Synode Jürgen Schmude aus so unterschiedlichen Personen wie dem Religionsgeschichtler Klaus Hock (Rostock), Thomas Lemmen, Geschäftsführer der Christlich-Islamischen Gesellschaft (und heute Islamreferent im Bundesinnenministerium), dem Islambeauftragten der Bremischen Kirche, Heinrich Kahlert, dem Politologen Johannes Kandel, bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin zuständig für Interkulturellen Dialog, bis hin zur Islamwissenschaftlerin Christine Schirrmacher, wissenschaftliche Leiterin des Instituts für Islamfragen der Deutschen Evangelischen Allianz.

Irritationen haben in der Handreichung vor allen diejenigen Punkte hervorgerufen, die in verschiedener Weise unter dem Begriff »Klarheit« gefasst werden können. Dabei ist nur mit säkularem Blick verwunderlich, dass das EKD-Papier gleich zu Beginn sowohl das evangelische Missionsverständnis (Bezeugen der Wahrheit des dreieinigen Gottes in Respekt vor dem Glauben anderer Menschen) als auch das Interesse der Kirche am Dialog mit Muslimen erläutert. Dies korrespondiert mit einer Entwicklung innerhalb der EKD bzw. den Landeskirchen der letzten Jahre, das eigene – evangelische – Profil deutlicher herauszustellen. Dass Muslime in der Kritik an diesem den Dialog prägenden Ansatz darauf verweisen, dass die evangelische Kirche hier in Bezug auf die jüdische Religion ein anderes Verständnis hat – nämlich, sich jeglicher missionarischer Bemühungen zu enthalten –, übersieht dabei das besondere historische und theologische Verhältnis der christlichen Kirchen zum Judentum. Allerdings, und das ist im Grunde eine logische Konsequenz, die auch durch Erfahrungen im interreligiösen Dialog bestätigt wird, bedeutet Profilierung oder auch Bewusstmachung eigener religiöser Grundlagen im Dialog immer auch die Wahrnehmung von Unterschieden. Die heilsnotwendige Funktion von Jesus Christus etwa als Sohn Gottes im Verständnis der Trinität, gestorben und auferstanden, lässt sich mit einem islamischen Verständnis von Jesus als Prophet nicht in Übereinstimmung bringen – es sei denn, man relativiert die Grundlagen des eigenen Glaubens im Sinne der Suche nach Gemeinsamkeiten über ethische, politische oder moralische Fragen hinaus. Hier bemerkt der EKD-Text zu Recht, dass zum Beispiel allein die Rede vom Glauben an den einen gemeinsamen Gott nicht trägt.

»Mit Bedacht trägt diese Handreichung den Titel ›Klarheit und gute Nachbarschaft‹. Sie geht vom Respekt für den Glauben und die Überzeugungen von Muslimen aus. Doch Überzeugungen, auch Glaubensüberzeugungen, können es nicht rechtfertigen, dass man anderen den Respekt versagt, grundlegende Menschenrechte in Frage stellt und die Achtung der eigenen Überzeugung durch Einschüchterung, Drohung oder Gewaltanwendung einfordert.«
EKD-Ratsvorsitzender Huber im Vorwort.

»Klarheit« in ganz anderer Weise vermittelt die EKD-Handreichung jedoch, wenn sie über Muslime in Deutschland und ihren Islam aufklärt. Dass sich in dem gesamten Text, der ja ein Papier aus dem Jahr 2000 (»Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland«) auf Grund der Entwicklungen nach dem 11. September 2001, den Erfahrungen des Dialogs und besonderen Konflikte in Deutschland (Schächten, Kopftuchstreit) fortschreiben und die in den vergangenen Jahren gemachten Erfahrungen einbeziehen will, keine positive Aussage zu Erfolgen des Dialogs und der Integration steht, wird nicht nur auf den »alltagspraktischen« Ansatz zurückzuführen sein, in dem auch strittige Fragen anzusprechen seien. Auch dass von den Autoren den 2000er-Berichts nur noch Klaus Hock und Heinrich Kahlert dabei waren, wird seine Auswirkungen gehabt haben. Der neue Text vermittelt insgesamt und im Grunde ohne Not ein ausschließlich problembehaftetes, potenziell konfliktgeladenes Bild im Verhältnis von Muslimen und westlicher – bundesdeutscher – Lebenswelt. In deutlich distanzierendem Duktus werden die »klassischen« Kritikpunkte am Islam angesprochen: Demokratie, Menschenrechte, Scharia, Emanzipation, Frauen, Geschlechterrollen, Gewalt, Dschihad, Religionsfreiheit usw. Dabei gehen die AutorInnen in dem Sinne »typisch« vor, in dem traditionalistische und zugleich generalisierende Aussagen getroffen werden, in der Regel als Anfragen formuliert (»problematisch wird, wenn…«), nachdem zunächst auf die Ansprüche des demokratischen Gemeinwesens (»kann nicht in Frage gestellt werden«) hingewiesen wurde. Es gibt keine Bezüge zu innerislamischen Diskussionen im Allgemeinen oder zu Äußerungen von Muslimen in Deutschland und damit dann auch keine Hinweise, anhand welcher Anknüpfungspunkte ein fruchtbarer Diskurs über die angesprochenen Fragen

geführt werden könnte. Vielmehr heißt es zum Beispiel im Bezug auf das islamische Menschenbild, dass es eben problematisch sei, wenn im Islam nicht die wie im Christentum die Gottesebenbildlichkeit das Zentrum einer auf das Individuum gerichteten Anthropologie darstelle, sondern die kollektive Unterwerfung des Menschen unter den Willen Allahs. Sehr sehr ähnlich lautende Sätze finden sich in den Publikationen von Mitautorin Christine Schirrmacher. Subtil im Abschnitt ›Religion, Migration und Integration‹ im Zusammenhang mit der Kritik an bisherigen Konzepten multikultureller Gesellschaft der Hinweis: »Kulturelle Identitäten finden da ihre Grenze, wo sie in Widerspruch zu universalen Menschenrechten geraten. Deshalb sind beispielsweise die systematische gesellschaftliche und politische Ungleichbehandlung von Männern und Frauen wie auch so genannte Ehrenmorde, Mädchenbeschneidungen und Zwangsverheiratungen in einer demokratischen Gesellschaft unter keinen Umständen zu dulden. Auch widerspricht eine autoritäre, patriarchalische und oft religiös legitimierte Reduktion der Frau auf ihre angeblich natürliche Rolle, die Einschränkung ihres Lebensraumes auf das Haus und ihre ständige Kontrolle den Grundwerten und Tugenden einer demokratischen Ordnung, zu denen Prinzipien wie Selbstbestimmung und Partizipation am öffentlichen Leben gehören. In Bekräftigung dieser Grundsätze ist sich die evangelische Kirche mit demokratisch gesinnten Muslimen einig.« Dies ist eine Selbstverständlichkeit; sie im problemorientierten Zusammenhang auszusprechen suggeriert, dass hier auf muslimischer Seite grundsätzlich irgendwie etwas im Argen liege.

Bereits im Vorwort vermerken die AutorInnen, dass die aufgeworfenen kritischen Fragen an die Muslime als »Zumutung« empfunden werden könnten. In der Tat gab es zahlreiche kritische Stimmen, und die islamischen Dachverbände ließen im Februar 2007 ein seit längerem geplantes Spitzengespräch mit der EKD kurzfristig platzen; es wurde Ende Mai nachgeholt. Nach einer Pressemitteilung des Koordinierungsrates sei die Diskussion im Frühjahr dann »recht hitzig und kontrovers« verlaufen, doch sehe man auch künftig zum Dialog keine Alternative.

Dokumente im Netz:

Klarheit und gute Nachbarschaft. EKD-Texte 86 (November 2006)
nur PDF (380 KB)

Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland. (Juli 2000)
HTML | PDF (530 KB)

»Profilierung auf Kosten der Muslime«. Stellungnahme des KRM (24.05.2007)

Verantwortung, Profilierung und Hegemonie

»Profilierung auf Kosten der Muslime« war die Stellungnahme des Koordinierungsrates zur EKD-Handreichung überschrieben. In der Tat entwirft die Handreichung ein Bild, nach dem auf islamischer Seite zahlreiche ungeklärte Fragen im Hinblick auf das Leben in einer westlichen Demokratie sowohl in den Grundüberzeugungen als auch im praktischen Leben bestehen, während die evangelische Kirche eben diese Werte unterstützt, gar verteidigt. Hierin spiegelt sich denn auch das grundsätzliche Selbstbild der evangelischen Kirche, das ihr an anderer Stelle die »Klarheit« oft so schwierig macht: der Protestantismus im Nachkriegsdeutschland hat sich immer auch als »Wächter«, als moralische Instanz für die gesamte Gesellschaft verstanden. Deshalb wird auch in der Handreichung sowohl theologisch als auch politisch argumentiert. Dabei ist in diesem Text eine enge Verknüpfung beider Ebenen festzustellen, Aussagen zu Demokratie, Menschenrechten, Diakonie usw. werden religiös und säkular abgeleitet. Das ist im Grunde nicht problematisch, führt aber dann zu Missverständnissen, wenn nicht mehr unterscheidbar ist, wo die Kirche als Kirche und wo sie gleichsam als Anwalt des demokratischen Systems der Bundesrepublik spricht und zugleich eine gewisse Identität von evangelischer und »säkularer« Position beansprucht.

Mit etwas Distanz zu den Diskussionen um die Handreichung, die vor allem die atmosphärischen Auswirkungen der in ihr vermittelten evangelischen »Klarheit« für den Dialog mit Muslimen im Auge hatten, kann man diesen EKD-Text nicht nur als Zeichen der Profilierung einer christlichen Organisation ansehen, sondern auch als Bestreben, die öffentliche Debatte um Religion maßgeblich mit zu bestimmen. Zu dieser Sichtweise passt, dass in der Handreichung zwar die Gleichberechtigung der Religionen als notwendig angesehen wird – allerdings verbunden mit dem Hinweis, dass diese rechtlich bereits im Grundsatz erreicht sei. Bei der Frage des Körperschaftsstatus bleibt die Kirche jedoch hart: Dieser sei ohnehin kein Privileg, sondern eine besondere Verantwortung. Eine Änderung des Religionsverfassungsrechts sei nicht erforderlich und in Bezug auf den Islam müsse man abwarten, ob, wann und wie er die Zugangsvoraussetzungen erfülle, um in den Genuss der besonderen Verantwortung zu kommen.

Abgesehen von einigen kleineren christlichen Freikirchen und den jüdischen Gemeinschaften versucht diese Haltung, den besonderen Status für die evangelische (und katholische) Kirche zu verteidigen. So wie in aktuellen Diskussionen

Kritik von Dialog und Integrationspolitik:

Organisierter Islam in Deutschland und gesellschaftliche Integration (2003)
(PDF, 250 KB)
Kritische Betrachtung der Integrationspolitik. von Johannes Kandel (Friedrich-Ebert-Stiftung). Eine Forderung der politischen Bildungsarbeit sei – neben Dialog – auch »Gefahrenabwehr«

»Lieber blauäugig als blind«? Anmerkungen zum »Dialog« mit dem Islam (2004)
(PDF, 210 KB)
Kritik des interreligiösen Dialogs von Johannes Kandel

Ist Multikulti am Ende?
(PDF, 230 KB)
Christine Schirrmacher (Institut für Islamfragen, Deutsche Evangelische Allianz) sieht keine Alternative zur Wertediskussion

um den Islam in Deutschland in letzter Zeit verstärkt die (rhetorischen?) Fragen nach Geschlechterrollen, Zwangsheirat und Ehrenmord und Scharia gestellt werden – deren dauernde Wiederholung vor allem den Eindruck hinterlässt, als setzten sich die Verbände im Geheimen hierfür ein –, so fügt sich die Bewahrung des Sonderstatus für einige wenige Religionen in die jüngsten zahlreichen Äußerungen ein, nach denen eine völlige Gleichberechtigung des Islam in Deutschland nicht zweckmäßig sei. Dies hat unlängst etwa der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz, Kardinal Lehmann, geäußert, ebenso auch Ralph Giordano im Kölner Moscheebau-Konflikt, aber auch PolitikerInnen, die auf dem Vorrang des christlichen Erbes im Abendland bestehen, zumal auch der religiös neutrale Staat einer Wertefundierung bedürfe – und die müsse eben christlich sein.

In diesen Zusammenhang passt, dass sich die EKD zuletzt in zwei anderen Stellungnahmen für eine religiöse Erziehung in Vorschule und Schule stark gemacht hat. Diese allein als Verteidigung des konfessionellen Religionsunterrichts und konfessioneller Kindergärten anzusehen, wäre zu kurz gegriffen. Die im Mai 2007 verabschiedeten Thesen zu »Religion, Werte und religiöse Bildung im Elementarbereich« komplettieren dabei die bereits im August 2006 publizierten Thesen zum Religionsunterricht. In beiden Papieren wird die religiöse Bildung als unverzichtbar für den Prozess der Persönlichkeitsbildung von Kindern und Jugendlichen angesehen. Dabei könne diese Bildung – nach der in evangelischem Verständnis der Gottesbezug im Mittelpunkt zu stehen habe – nur von Religionsgemeinschaften selbst geleistet werden; in der Schule brauche »Religion« ein eigenes religiös gebundenes Fach. Dabei könne der Religionsunterricht bzw. eine religiöse Bildung im Elementarbereich auch wesentlich zur Profilbildung der jeweiligen Einrichtungen – wohl im Kampf um Reputation und Schüleranmeldungen – beitragen.

Thesen der EKD zur religiösen Bildung:

Religion, Werte und religiöse Bildung im Elementarbereich (Mai 2007)
HTML | PDF (125 KB)

Religionsunterricht (August 2006)
HTML | PDF (115 KB)

> *Vor allem aber ist [der Religionsunterricht] ein Ort, an dem [die Kirche] den ihr aufgetragenen Dienst an den Kindern und Jugendlichen sowie an der Gesellschaft in der Gestalt von Bildungsverantwortung als Bildungsdiakonie zum Tragen bringen kann. In der Zuwendung zu jedem einzelnen Kind auch in seinen religiösen Bedürfnissen und Interessen können kirchliche und staatliche, theologische und pädagogische Motive übereinkommen – im Eintreten für Solidarität und Toleranz, für Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit in einer globalen Welt.*
>
> 10. These der EKD zum Religionsunterricht

Nun sind die Leistungen der Religionspädagogik insbesondere im Bereich der evangelischen Kirche unbestritten; viele reformpädagogische Konzepte sind integriert, und die konkrete Situation in Schulen und Kindergärten hat in der Regel auch zu einer reflektierten interkulturellen Öffnung in der Praxis geführt. Feindbilder einer rigiden Glaubensunterweisung im schulischen Religionsunterricht sind deshalb schon lange obsolet. Die Frage aber bleibt, ob der staatlichen Schule statt religiöser Kompetenz nicht besser Religionskompetenz im Sinne Religionen übergreifender Konzepte als Bildungsziel anzuraten wäre, zumal die religionslosen Kinder einbezogen werden müssen.

Unabhängig davon zeigen auch diese Positionierungen, dass die evangelische Kirche aus ihrem Selbstverständnis heraus nicht nur einen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung zu leisten will, sondern sie reklamiert, dass ihre Konzepte mit den Interessen der gesamten Gesellschaft kongruent seien. Damit wird ein hegemonialer Anspruch der christlichen Religion auch in solchen Fragen reklamiert, in denen im Grunde der neutrale Staat für einen Ausgleich oder für ein Miteinander der Religionen in seinen ureigenen hoheitlichen Bereichen sorgen sollte.

Bischof Meisner: Keine interreligiöse Feiern

Die Problematik – oder vielleicht besser: Zwickmühle, positiv gewendet: Herausforderung – einer religiösen Profilierung staatlicher Schulen bzw. von Jugendhilfe- und Bildungseinrichtungen, die zwar in kirchlicher Trägerschaft stehen, aber aufgrund des Subsidiaritätsprinzips für alle offen sind, zeigt sich an einer Verfügung, die der Kölner Erzbischof Kardinal Meisner im Dezember erlassen hat. Er verbot interreligiöse Feiern in katholischen Einrichtungen seines Bistums. Aussagen der EKD-Handreichung zur guten Nachbarschaft von Christen und Muslimen gehen dabei in die gleiche Richtung: Ge-

meinsame Gebete – wörtlich: ein gemeinsames Gebet »gleichen Wortlauts« – oder gar Amtshandlungen von Christen und Muslimen sind nicht möglich. Theologisch sind diese Gründe mehr als nachvollziehbar. So ist es mehr als bezeichnend, dass der Vorsitzende des Islamrats, Ali Kizilkaya, in einem Interview mit der Zeitung »Die Welt« äußerte, dass er mit dieser Verfügung keine Probleme habe. Auch er wolle keinen »Einheitsbrei« der Religionen. Auch Muhammad Kalisch, der in Münster islamische Religionslehrer ausbildet, sprach sich gegen »Formelkompromisse« in gemeinsamen religiösen Feiern aus. Andererseits könne man aber durchaus gemeinsame Bittgebete sprechen, »solange der Christ nicht explizit Jesus Christus als göttliche Person anruft« (Kölner Stadtanzeiger, 30.12.2006), denn Christen, Muslime und Juden beteten ja zum gleichen Gott. Damit hat Muhammad Kalisch aber im Grunde jenen »Synkretismus« angesprochen, der – so Meisner – zu falschen Interpretationen des Glaubens führe und deshalb »substanziell schädlich« sei. »Deshalb dürfen wir doch Kindern nicht zumuten, was nicht einmal viele Erwachsene verstehen!« (Rheinischer Merkur, 14.12.2006).

Sohn Gottes und Erlöser oder nur ein Prophet? Formelkompromisse wollen weder Kirche noch Muslime. Bild: www.pixelio.de

Kritik an dem vom Bischof als Klarstellung bestehender Grundsätze bezeichneten und darüber hinaus in Übereinstimmung mit der Praxis von Johannes Paul II. und Benedikt XVI. stehendem Verbot kam von denjenigen, die in den Einrichtungen arbeiten, die in den größeren Städten in der Regel mit einer multireligiösen Zusammensetzung der Kinder und Jugendlichen umzugehen haben, und von interessierter politischer Seite, wo man Integrationsbemühungen gefährdet sah. In einer Klarstellung von Seiten des Bistums hieß es denn auch, es ginge nur um interreligiöse Gottesdienste. Ansonsten könnten die Vertreter der Religionen bei feierlichen Anlässen durchaus ein Grußwort sprechen, und wenn zum Beispiel eine Adventsfeier »eher folkloristischen als religiösen Charakter habe«, sei gegen eine gemeinsam begangene Feier »nichts einzuwenden« (nach: SPIEGEL Online, veröffentlicht am Nikolaustag). Doch jenseits einer Auseinandersetzung, die sich an einem angeblichen »archaischen Religionsverständnis« kristallisiert (so die SPD-Islambeauftragte Lale Agkün) zeigt sich vielmehr, dass auftretende Konflikte bei einer Verschränkung von Staat und Religionen in einer pluralen Situation nicht durch »Klarstellungen« zu lösen sind – zumindest nicht so lange, wie der religiöse Akteur sowohl Eigeninteressen wahrnimmt als eine Identität von eigener Sichtweise und staatlichen Interessen beansprucht oder wenn dem religiösen Akteur von Staats wegen gesamtgesellschaftliche Aufgaben übertragen werden.

Schöpfungstheologie im Biologieunterricht?

Ende Juni wurde die Debatte um biblische Schöpfungslehre, Kreationismus, Intelligentes Design und naturwissenschaftlich fundierte Evolutionslehre um einen Beitrag von unerwarteter Seite bereichert. Hessens Kultusministerin Karin Wolf sprach sich dafür aus, im Biologieunterricht die Evolutionslehre auch unter der Perspektive der christlichen Schöpfungsbotschaft zu bearbeiten, denn es würde »erstaunliche Übereinstimmungen« geben. Deshalb sei es im Sinne eines Fächer übergreifenden Unterrichts sinnvoll, die sich ergebenden Fragen nach Sinn, Herkunft und Weltdeutungen auch in diesem Fach zu behandeln. Der Biologieunterricht müsse, so die Ministerin ein einer Landtagsdebatte, auch vermitteln, dass es Grenzen des Wissens und der Erkenntnis gebe.

Bislang hatte das Thema vor allem deshalb Brisanz, weil es zum einen von evangelikaler Seite die Forderung gibt – nach dem Vorbild der USA –, die christliche Schöpfungslehre im Sinne einer historischen Darstellung oder zumindest als Ausdruck bewussten göttlichen Schöpfungshandelns im Schulunterricht über den Religionsunterricht hinaus zu verankern. Zum anderen kommt es immer wieder auch unter Hinweis der Unvereinbarkeit von naturwissenschaftlicher Evolutionstheorie und biblischer Lehre zur Herausnahme von Kindern aus dem Biologieunterricht oder gar der Schule durch biblisch-traditionalistische Eltern.

Karin Wolf ist nicht nur Kultusministerin. Sie ist zugleich stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Hessen, aber auch Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau (EKHN) und Mitglied der Kammer der EKD für Bildung, Erziehung, Kinder und Jugend – die Kammer, die die Thesen der

Mehr im Netz:

Dokumentation der Debatte auf »Welt Online«

Positionen der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau

Hans Küng auf Deutschlandradio Kultur

Brief von Bischof Hein vom 9. Juli 2007 (PDF)

Einführungen auf Wikipedia:

Kreationismus

Intelligentes Design

EKD zur religiösen Bildung im Elementarbereich und zum Religionsunterricht verantwortet hat. Und sie ist gelernte Religionslehrerin. Umso mehr muss die Ministerin die negative Reaktion ihrer eigenen Kirche enttäuscht haben. Zwar begrüße die EKHN den verstärkten Dialog von Naturwissenschaft und Theologie, doch ohne theologische Vorbildung könne die Thematisierung der Schöpfungstheologie im Biologieunterricht nur scheitern. »Die EKHN wendet sich daher strikt dagegen, die biblische Schöpfungsgeschichte in die Nähe von naturwissenschaftlichen Theorien zu erheben. Jede Übernahme kreationistischer Weltdeutungsversuche muss sowohl für den Biologie- als auch für den Evangelischen Religionsunterrricht als unsachgemäß abgelehnt werden«, so die stellvertretende EKHN-Kirchenpräsidentin Cordelia Kopsch. Dies äußerten auch protestantische Theologen, die zudem auf die verfassungsmäßig geforderte Neutralität des Unterrichts verwiesen.

> *»Die Antworten der Religionen können hier« – gemeint sind Grenzerfahrungen – »eine wichtige Hilfe sein. Sie kommen den Fragen des Kindes weit näher, als dies beispielsweise für naturwissenschaftliche Erklärungen behauptet werden kann. ... Würden alle Menschen – um ein Beispiel aus der jüdisch-christlichen Tradition herauszugreifen – nach den Zehn Geboten leben, wären zahlreiche Gesetzbücher überflüssig.«*
>
> Hessens Kultusministerin Karin Wolf in der »Welt«, 22. Juni 2007

Dass die Opposition im Landtag forderte, die Kultusministerin solle lieber irdische Probleme lösen anstatt jenseitige Debatten zu führen, gehört zum politischen Geschäft der Vorwahlzeit. Zustimmung hingegen kam vom Augsburger römisch-katholischen Bischof Mixa, und auch andere Vertreter der katholischen Kirche unterstützten Kultusministerin Wolf in dem Sinne, dass die Grenzen naturwissenschaftlicher Erkenntnis thematisiert werden müssten. Auch Hans Küng, Initiator des Projekts Weltethos, verteidigte: Niemand wolle den Kreationismus lehren, doch – in Anlehnung an Kant – spätestens wenn die naturwissenschaftliche Erkenntnisfähigkeit aufhöre, komme der Glaube ins Spiel. Und schließlich erhielt die Kultusministerin Unterstützung von der zweiten auf hessischem Gebiet beheimateten Kirche, der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck. (EKKW) Deren Bischof Martin Hein schrieb am 9. Juli an die Pfarrer, Vikare und Studierenden der EKKW und brachte den Grundkonflikt auf den Punkt: Die Diskussion spiegele ein »in manchen Kreisen verbreitetes Unbehagen«, sich mit Religion und ihrer Wiederkehr im öffentlichen Diskurs auseinanderzusetzen. In der Tat reiht sich auch diese Diskussion in einen Kontext ein, in dem religiöse (christliche) Deutungsmuster nicht als Gegenstand einer reflektierenden und distanzierenden Auseinandersetzung angesehen werden, sondern als Terrain der Durchsetzung von religiösen Geltungsansprüchen selbst.

Streit um Moschee in Köln befördert Grundsatzdiskussion

Die sog. Großmoschee, die DITIB im Kölner Stadtteil Ehrenfeld schon seit etlichen Jahren plant, hat in den vergangenen Wochen zu heftigen öffentlichen Kontroversen geführt. Dass der Konflikt überregional wahrgenommen wird, hat mit der Größe der Stadt Köln zu tun, aber natürlich auch damit, dass hier alle großen islamischen Dachverbände beheimatet sind. In kleinerem Maßstab gibt es diese Konflikte aber in vielen anderen Orten in Deutschland auch.

Dass die ohnehin fremdenfeindliche Gruppe »Pro Köln« eine ablehnende Haltung einnimmt und entsprechend versucht zu mobilisieren, kann schon beinahe als (traurige) Selbstverständlichkeit angesehen werden. Doch spätestens im Mai diesen Jahres war ein Punkt erreicht, an dem die Stimmung kippte. Heftig diskutiert wurden dann auch Äußerungen von Ralph Giordano, der sich ebenfalls gegen die Moschee und gegen eine Gleichstellung des Islam mit anderen Religionsgemeinschaften aussprach. Auch der Mainzer Kardinal Lehmann beanspruchte im Zuge der Debatte eine gewisse Vorrangstellung der christlichen Religion. Kardinal Meisner sprach von einem städtebaulichen »Kulturbruch«, wenn eine sichtbare Moschee errichtet werde. Für Konfliktverläufe wie den in Köln typisch, dass die Zahl der Unterstützer vor Ort schwindet; zuletzt hatten auch Oberbürgermeister Schramma (CDU) und der Ehrenfelder CDU-Ortsverein ein neues Nach-

Die Debatte im Internet:
Die Diskussion lässt sich über die laufenden Meldungen in den Medien gut verfolgen. Bei Suchmaschinen oder beim WDR nur »moschee+ehrenfeld« eingeben. Auf Wikipedia gibt es zwei Links zur Architektur der Moschee. Zu Wallraff siehe das Portal Romso und dort in den Beiträgen die Links.

Westdeutscher Rundfunk

Wikipedia: Moschee Köln-Ehrenfeld

Portal Romso

denken gefordert, nachdem sie bislang das Projekt immer unterstützt hatten. OB Schramma meinte unter anderem, dass die Moschee kleiner ausfallen müsse, und überhaupt solle DITIB seine Dialogbemühungen intensivieren. Mittlerweile hat sich das Stadtoberhaupt aber wieder voll hinter die Verwirklichung des Moscheebaus gestellt (auch gegen eigene ParteifreundInnen), zumal DITIB für August einen alternativen Entwurf angekündigt hat, der die Höhe der Minarette (bislang: 55 Meter) um fünf oder zehn Meter verringern. Bezeichnenderweise ist aber die Zustimmung zur Moschee in der bislang geplanten Architektur in keinem Stadtteil Köln so hoch wie in Ehrenfeld.

Den Höhepunkt an Zumutungen lieferte jedoch der Schriftsteller Günter Wallraff: Wenn DITIB behaupte, dass die Moschee auch für einen offenen Dialog stehe, dann würde er gerne im Zuge der Diskussion und einer Anfrage zu seiner Berufung in einen Moscheebeirat in einer Kölner Moschee die Satanischen Verse von Salman Rushdie vortragen – notfalls auch unter Polizeischutz. Gustav Seibt beschreibt in der Süddeutschen Zeitung vom 16. Juli zu Recht, dass Wallraffs Vorschlag des »kulturellen Dialog« eher »kultureller Hochmut« ist, der Asymmetrien in der Debatte offenlege. Dass sich Bekir Alboga, Dialogbeauftragter von DITIB, gegenüber Wallraffs Vorschlag nicht abgeneigt zeigte, dürfte wohl auch dem öffentlichen Druck zuzuschreiben sein, unter dem Muslime ihre Integrationsbereitschaft zu belegen haben. Redakteur Seibt verweist zu Recht darauf, dass nach römisch-katholischem Kirchenrecht Scheidungen eine schwere Sünde sind (die spätestens bei Wiederverheiratung den Ausschluss vom Sakrament der Eucharistie nach sich zieht) und dass die Kirche auch mit dem säkularen Abtreibungsrecht keinen Frieden gefunden habe. Gleichwohl käme niemand auf die Idee, den Beweis ihrer Integration in den Rechtsstaat anhand der Durchführung blasphemischer Handlungen in ihren eigenen Räumen zu fordern.

Moschee ersteigern oder kaufen? Neu oder gebraucht bei eBay!

Während in Köln der Bau einer Moschee von Konflikten begleitet wird, bietet eBay die Lösung: »Moschee Neu und gebraucht. Mitbieten oder sofort kaufen« offeriert das Internet-Auktionshaus bei der Anzeige von Rechercheergebnissen. Leider ist zurzeit für Köln kein passendes Objekt im Angebot...

Infos und interessante Seiten im Web

Unterrichtsmaterialien »Islamisches Kulturzentrum«

Internationale Verständigung, Nachhaltigkeit und interkulturelles Lernen bilden den Mittelpunkt in den Schulprofilen der UNESCO-Projektschulen. Davon gibt es in Deutschland 160, in denen auch über die thematische Orientierung auch alternative pädagogische Konzepte umgesetzt werden. Im Themenbereich Interkulturelles Lernen hat die Koordinationsstelle der Projektschulen schon seit einiger Zeit eine Lehr-Lernsequenz »Ein islamisches Kulturzentrum in unserer Stadt?« zur Verfügung gestellt. Dabei sollen durch Planspiele, Diskursanalysen (welche Akteure mit welchen Interessen?) und anderem die demokratische Konfliktlösung simuliert werden.

Info und Download:
UNESCO-Projektschulen, Unterrichtsmaterialien
Das Kulturzentrum-Projekt findet sich im Bereich ›Interkulturelles Lernen‹

Islamismus-Broschüre des NRW-Verfassungsschutzes

Auf 45 Seiten hat der Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen eine neue Islamismus-Information herausgegeben. Darin werden schon oft in ähnlichen Darstellungen publizierten Informationen gegeben; neu ist die Unterscheidung zwischen »legalistischem Islamismus«, dem die IGMG und die Muslimbruderschaft zugeordnet werden, und militantem Islamismus. Download über die Themenseite »Islamismus« des NRW-Verfassungsschutzes (Homepage Innenministerium).

Info und Download:
Themenseite Islamismus, Innenministerium NRW

Islamic Research Directory

Gemeinsam bieten das Goethe-Institut und das GIGA-Institut für Nahost-Studien (ehem. Deutsches Orient-Institut) die Datenbank »Islamic Research Directory« an. Sie soll der Vernetzung von Forschungsinitiativen und -einrichtungen dienen. Über verschiedene Suchfunktionen (Institutionen, Wissenschaftler, Bibliotheken, Dokumentationsstellen, Zeitschriften, Projekte) kann die umfangreiche Datenbank abgefragt werden. So sind bei Redaktion dieses Newsletters 519 Wissenschaftler und Experten aus dem In- und Ausland verzeichnet.

Homepage:
Islamic Research Directory

Religiöse Differenz als Chance

Unter diesem Titel fand im Wintersemester 2006/2007 am »Interdisziplinären Zentrum Weltreligionen im Dialog« der Universität Hamburg eine Ringvorlesung statt. Sieben Beiträge stehen zum Download (PDF) zur Verfügung. Das Zentrum wurde 2005 gegründet, beteiligt sind sozial- und geisteswissenschaftliche Institute der Universität.

Download:
Materialien des Interdisziplinären Zentrums

Muslime in Europa

Mit Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung betreiben das Zentrum Moderner Orient (FU Berlin) sowie Institute der Universitäten Frankfurt (Oder), Hamburg und Halle das dreijährige, 2006 begonnene Forschungsprojekt »Muslime in Europa und ihre Herkunftsgesellschaften in Asien und Afrika«. Die Webseite gibt interessante Einblicke in die Arbeit der Teilprojekte. Über die Seite »Ergebnisse« lassen sich in den verschiedenen Kategorien auch Online-Materialien und einige Veröffentlichungen der Beteiligten abrufen (zum Teil in englischer Sprache).

Homepage:
Projektseiten »Muslime in Europa«

Clearingprojekt »Zusammenleben mit Muslimen«

»Konflikte aufklären« und dadurch Integration fördern – das ist der Ansatz des Clearingprojekts, das der Interkulturelle Rat mit Förderung des Bundesinnenministeriums und der Groeben-Stiftung seit Ende 2006 durchführt. Bei Problemen, etwa Diskriminierungserfahrungen in der Schule, Konflikte in der Arbeitswelt – können sich Muslime wie Nicht-Muslime an die Stelle wenden. Im März 2007 hat die Clearingstelle außerdem die 20-seitige Broschüre »Moscheen als Orte der Spiritualität und Integration« herausgegeben, die in leicht verständlicher Sprache über die Aufgaben und Funktionen von Moscheen sowie über Ansätze der Begegnung informiert. Die Broschüre eignet sich so durchaus auch als Erstinformation bei Dialogprojekten oder lokalen Konflikten.

Auf der Homepage des Interkulturellen Rats gibt es im Bereich ›Materialien, Download‹ einige weitere hilfreiche Erklärungen und Informationsbroschüren; so ist das 24-seitige Faltblatt zum Kopftuch von 2004 weiterhin höchst aktuell.

Interkultureller Rat
Homepage
Die neue Moschee-Broschüre steht (noch) nicht zum Download bereit. Sie kann kostenlos beim Interkulturellen Rat in Darmstadt angefordert werden.

Tagungen und Seminare bis September 2007

Aufgenommen sind nur mehrtägige Veranstaltungen. Siehe auch die Übersicht im letzten »religionen:info« vom Juni.

August

16.08.-23.08.2007: (Un-)Fähig zum Frieden? Juden, Christen und Muslime und ihre Rolle in Konflikten. Interreligiöse Sommeruniversität
Veranstalter: Evangelische Akademie Loccum
Ort | Kontakt: Ev. Akademie Loccum | christine.poltier@evlka.de

September

24.09.-28.09.2007: Orientalistik im 21. Jahrhundert. 30. Deutscher Orientalistentag
Veranstalter: Deutsche Morgenländische Gesellschaft, Orientalisches Seminar der Universität Freiburg
Ort | Kontakt: Universität Freiburg | info@dot2007.de

28.09.-30.09.2007: Im Himalaya der Pflichten. Indische Religionen und die Menschenrechte der Ärmsten
Veranstalter: Ev. Akademie Bad Boll, mit Dalitplattform Deutschland
Ort | Kontakt: Ev. Akademie Bad Boll | irmgard.metzger@ev-akademie-boll.de

Veranstalter / Tagungshomepages:
Ev. Akademie Loccum
Orientalistentag Freiburg
Ev. Akademie Bad Boll
DBU-Fortbildung
DGB-Bildungswerk

Vorschau Oktober

12.10.-18.10.2007: Die Vielfalt buddhistischen Wissens
Veranstalter: Deutsche Buddhistische Union
Ort | Kontakt: Rigpa-Zentrum, Berlin | doriswolter@compuserve.com
Ethik – Geistesschulung – Weisheit; Tod – Fortexistenz – Wiedergeburt; Buddhismus im Dialog. Drei Module im fortlaufenden buddhistischen Studien- und Weiterbildungsprogramm für Ethik- und ReligionslehrerInnen sowie interessierte BuddhistInnen.

28.10.-31.10.2007: Muslime in Deutschland. Aufgaben und Herausforderungen
Veranstalter: DGB-Bildungswerk
Ort | Kontakt: DGB-Bildungswerk Hattingen | mohammad.heidari@dgb-bildungswerk.de
Die Tagung richtet sich an ausländische ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen sowie Menschen, die in der Beratung ausländischer ArbeitnehmerInnen tätig sind.

Wettbewerbe / Förderprogramme

BMW Group Award für Interkulturelles Lernen

Bereits seit über zehn Jahren schreibt der Autobauer BMW den Award für Interkulturelles Lernen aus. Im Wettbewerb gibt es die Kategorien »Theorie«, die sich an WissenschaftlerInnen richtet, und »Praxis«, die der konkrete Projekte interkulturellen Lernens ausgezeichnet werden können. Basis für alle Wettbewerbsbeiträge ist das sog. LIFE-Konzept, das vom Institut für Schulqualität und Bildungsforschung mit BMW entwickelt wurde. Es beinhaltet im Kern die Anerkennung von »Fremdheit« als relationaler, zuschreibender Kategorie, und die Herausstellung der Chancen, die durch eine multikulturelle Situation am Arbeitsplatz, in der Schule oder in anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen entstehen und die durch (auch konflitkhaften) Dialog und Sich-Hineinversetzen in andere Sichtweiten und Lebenswelten fruchtbar gemacht werden können. Die ausgelobten Preisgelder belaufen sich auf insgesamt 25.000,00 €.

Bewerbungsschluss ist der 20.10.2007.

Link:
BMW Group Award

Der Link führt zur englischsprachigen Seite, eine deutsche Seite kann dort angeklickt werden.

religionen:info | issn 1865-0317 | impressum

kontakt: steffen.rink@web.de | newsletter@remid.de

Redaktion und Herstellung (V. i. S. d P.):
Steffen Rink
Agentur für Text, Web, Grafik und Dokumentation
Am Hasselhof 13 – 35041 Marburg
www.steffenrink.de

Vertrieb:
REMID Religionswissenschaftlicher Medien- und Informationsdienst e. V.
Universitätsstraße 55 – 35037 Marburg
www.remid.de

© 2007 Steffen Rink / REMID | Logo unter Verwendung eines Motivs von www.pixelio.de
Redaktionsschluss: 23. Juli 2007